Nr. 366 Morgen-Ausgabe
A 186

Berlin

Freitag, 5. August 1927
V

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 2600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Marine-Konferenz abgebrochen

Offenes Zugeständnis des Mißerfolges

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 4. August

Die Trauerfeier für die Marinekonferenz, die heute nachmittag um 3 Uhr im Großen Saal des Hotels des Bergues begann, und zwar im gleichen Rahmen, den man nun schon von der zweiten Vollsitzung der Konferenz her kennt, nahm genau 70 Minuten in Anspruch.

Nach einer kurzen Ansprache des Präsidenten Gibson hielt zunächst der englische Marineminister Bridgeman sein Referat, das trotz beträchtlicher Länge kaum etwas Neues bot. Dann hielt nach einigen kurzen Worten des irländischen Delegierten Mac White, der immer darauf hält, die Sonderstellung seiner Regierung zu betonen, während sich die übrigen Dominions durch Bridgeman mit vertreten ließen, der japanische Admiral Saito eine sehr kurze, aber mit einigen kräftigen Wahrheiten gespickte Rede. Als Dritter sprach dann Gibson als Führer der amerikanischen Delegation in einer durch ihre außerordentliche Klarheit auffallende Rede seine Verwunderung über die mangelnde Bereitwilligkeit der englischen Regierung aus, den amerikanischen Standpunkt verstehen zu wollen.

Am Schlusse der Sitzung wurde das einzig Neuartige an der Konferenz verkündet, nämlich eine aus neun Punkten bestehende, ganz offene und rückhaltlose Erklärung des Bankrotts der Konferenz. Dieses einzige Lob muß man der Konferenz lassen: sie hat nicht wie andere ähnliche Konferenzen versucht, durch Zusammenstellung von Halbheiten den Eindruck einer gewissen Einigung zu erzielen, der die Hauptsache doch gefehlt hätte. **Sie stellt vielmehr mit anerkennenswertem Mut ganz offen fest, daß trotz der verschiedenen versuchten Methoden zur Verständigung der Standpunkte „kein allseitig annehmbarer Plan gefunden werden konnte, um die Forderung der britischen Delegierten nach einer größeren Zahl von mit größtentells sechszölligen Kanonen bewaffneten Kreuzern mit dem Wunsche der amerikanischen Delegation in Uebereinstimmung zu bringen, die eine möglichst niedrige Gesamttonnage aber mit der Freiheit der Bewaffnung innerhalb einer gewissen Begrenzung forderte."**

In der Erklärung wird dann im siebenten Punkte festgestellt: „Angesichts dieser Schwierigkeit haben es die Delegierten für richtig gehalten, die gegenwärtige Konferenz mit dieser **freimütigen Feststellung ihrer verschiedenen Anschauungen** zu vertagen und das Problem ihren Regierungen zur weiteren Erwägung anheimzugeben in der Hoffnung, daß die Beratung unter den Regierungen zu einer baldmöglichen Lösung führen möchte."

Schließlich sprechen die Delegationen noch den Wunsch an die Regierungen aus, daß die Konferenz zur Revision des Washingtoner Vertrages, die im August 1931 fällig wäre, früher abgehalten werden möchte, damit ihre Beschlüsse in Kraft treten können, bevor die Bauprogramme für die Schlachtschiffe im November 1931 zur Durchführung gelangen.

Die drei in der heutigen Sitzung gehaltenen Reden zeigen, daß die Hauptdifferenzpunkte der Konferenz in der Bewaffnung der Kreuzer und der Verteilung der Kreuzertonnage bestanden.

Die Engländer wiederholen auch heute immer wieder, daß sie eine große Zahl von kleinen Kreuzern brauchten, um ihre langen Seewege zu schützen, und die amerikanische Delegation hält ihnen immer wieder entgegen, daß sie dieses Bedürfnis in gewissem Umfange anerkennt, daß aber schließlich kein Grund vorhanden sei, warum Amerika deshalb zum Bau kleiner Kreuzer gezwungen werden sollte, während seinen Bedürfnissen die größeren Kreuzer von 10 000 Tonnen und mit stärkerer Bewaffnung besser entsprächen.

Auch der politische Differenzpunkt wurde heute leise gestreift, indem Gibson darauf verwies, daß Amerika Kreuzer mit größerem Aktionsradius haben müsse, weil es nicht so viele Marinestützpunkte besitze. Mit einiger Ironie hob Gibson auch hervor, daß die amerikanische Delegation auf die englischen Vorschläge nicht eingehen könnte, weil ihr einziges Resultat gewesen wäre, dem britischen Reiche freie Hand zu lassen und auf der anderen Seite Amerika zum Bau von Kriegsschiffen zu zwingen, die es nicht brauchen könne.

Gibson erklärte auch, es sei ganz unverständlich, warum England zur Zeit des Washingtoner Vertrages eine Gesamtkriegsflotte von 450 000 Tonnen für ausreichend erachtet habe, **während es jetzt ein Programm von 647 000 Tonnen mitbrachte.** Dabei sei doch eine der mächtigsten Hochseeflotten, diejenige Deutschlands, verschwunden, und es sei keine andere große Seemacht aufgetaucht, deren Rüstungen England als eine Bedrohung ansehen könnte.

Der japanische Redner gab deutlich zu verstehen, daß die japanische Delegation gar kein Verständnis dafür aufbringe, daß auch nach der Rückkehr der englischen Delegierten aus London die Differenzen zwischen Amerika und England unlösbar bleiben sollten und daß nicht einmal der japanische Kompromißplan die Möglichkeit zu einer Einigung bieten könnte. Er erklärte sich tief enttäuscht von der Tatsache, daß diese Konferenz, die mit so großen Hoffnungen begonnen hat, jetzt auseinandergeht, ohne daß eine Einigung erzielt werden könnte. Er lehnte es aber trotzdem ab, von einem Bankerott der Konferenz zu sprechen und erklärte am Schluß ziemlich deutlich, daß es ganz gegen den gesunden Menschenverstand sein würde, wenn diese drei Mächte nicht zu einer Verminderung ihrer Seerüstungen kommen könnten.

Das war aber auch die einzige Anspielung auf die energische Tätigkeit der Rüstungsindustrie auf der Genfer Marinekonferenz, die einen großen Teil des Zusammenbruchs der Genfer Konferenz verschuldet hat, den keinerlei wirklicher Interessengegensatz zwischen England und Amerika erklären kann.

Kabinettsrat in London

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

sch **London**, 4. August

Unter dem Vorsitz von Chamberlain trat das Kabinett heute mittag zu einer nochmaligen letzten Erörterung der Genfer Flottenabrüstungskonferenz zusammen. Sämtliche Minister, die zum Teil vom Lande hereingefahren waren, nahmen an der Sitzung teil.

„Foreign Office" erklärte einem Vertreter der „Chicago Tribune", daß, was Großbritannien anbelangt, die Flottenposition genau dieselbe wie vor Einberufung der Genfer Konferenz sei. England sei über den Zusammenbruch der Konferenz schwer enttäuscht. Englands Vorschläge in Genf wurden auf der Grundlage seiner Bedürfnisse gemacht und diese hätten sich nicht im geringsten verändert. England werde mit dem vor der Genfer Konferenz skizzierten Flottenprogramm, dessen Ausmaß die Bedürfnisse der Verbindungen zwischen den einzelnen Gliedern und die Sicherheit des Empire zugrunde gelegt seien, fortfahren. Die Tragödie des Zusammenbruchs der Konferenz liegt in der Tatsache, daß über die wesentlichsten Schiffstypen, wie Unterseeboote, sowie über die Verlängerung der Lebensdauer der Großkampfschiffe ein Uebereinkommen erzielt sei. Dies gehe jetzt alles verloren, nur weil über eine Schiffskategorie kein Uebereinkommen erzielt werden konnte. **England schiebt die Schuld an dem Zusammenbruch der Konferenz hauptsächlich auf die mangelhafte Vorbereitung der Konferenz seitens Amerika und auf schlechte Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen politischen und technischen Delegierten.**

Türkische Völkerbunds-Sondierungen?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

✱ **London**, 4. August

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, daß die türkische Regierung wiederum verschiedentlich bezüglich der baldigen Zulassung der Türkei zum Völkerbund sondiert habe. Augenscheinlich sei die Türkei entschlossen, einen offiziellen Zulassungsantrag nicht eher zu stellen, bis ihr ein Sitz im Völkerbundrat als „Großmacht" und als Vertreter der mohammedanischen Welt garantiert worden sei.

Mellon in Dalmatien

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

m **Belgrad**, 4. August

„Preme" meldet aus Ragusa, daß der amerikanische Finanzminister Mellon auf seiner Mittelmeerfahrt an Bord seiner Yacht „Valencia" dort eingetroffen sei. Er bleibt einige Tage in Ragusa und reist dann nach Spalato weiter.

„Der bedrohte Frieden"

Die Antwort

Der Brief des außenpolitischen Redakteurs des „Matin", Jules Sauerwein, den die „Vossische Zeitung" gestern auf seinen Wunsch veröffentlichte, wendet sich gegen den gehässigen persönlichen Ton publizistischer Auseinandersetzungen und bemüht sich dann, die sachlichen Gründe noch einmal auseinanderzusetzen, die den französischen Journalisten zu seinem ersten Artikel, „Der bedrohte Friede", veranlaßten, in dem er u. a. die Frage anschnitt, ob durch den Verzicht Deutschlands auf den Zusammenschluß mit Oesterreich die Freiheit der Rheinlande von fremder Besatzung nicht zu erkaufen wäre.

Was die Bemerkungen Sauerweins über den persönlich gehässigen Ton betrifft, so sind wir selbstverständlich ganz seiner Meinung. Doch beschränkt sich, wie er wohl wissen wird, diese Sünde wider den journalistischen Geist nicht auf Deutschland. Und doch muß auch zum Persönlichen etwas gesagt werden.

Sie sagen in Ihrem Brief, daß Sie nur die Tatsachen festlegen wollen, wie sie nun einmal gegeben sind, und daß Sie aus diesen Tatsachen Ihren Schluß, die Bedrohung des europäischen Friedens durch den Anschluß, ziehen.

Wenn das Alles wäre, wenn Sie nur als Referent, als reiner Berichterstatter die Tatsachen zusammensuchen und zusammenstellen würden, so würde niemand mit Ihnen streiten. Die Tatsachen sind klar, so klar, daß sogar die preußisch-konservative „Kreuzzeitung" diese Tatsachen zur Grundlage ihres ausschlußfeindlichen Artikels gemacht hat, der einen Tag vor dem Ihrigen erschienen ist. So klar, die Bedrohung des Friedens nämlich, daß diese „Kreuzzeitung" uns in ihrem zweiten Verteidigungsartikel höhnisch fragte, seit wann wir so kriegslustig seien. Sie sehen, Herr Sauerwein, daß die Argumente dieser deutschen konservativ-nationalistischen Zeitung sich genau mit den Ihren decken. Auch die Folgerungen. Aber genau so richtig wie die — außenpolitischen — Tatsachen, die Sie und der Artikelschreiber der „Kreuzzeitung" vorbringen, sind, genau so falsch sind die Folgerungen, die Sie und die deutsche Zeitung aus diesen Tatsachen ziehen.

Und dieser Folgerungen wegen streiten wir mit Ihnen, weil wir der Ansicht sind, daß, wer wie wir — und in Ihrem Brief rechnen Sie sich auch dazu —, unvoreingenommen und konstruktiv am europäischen Frieden arbeiten will, sich nicht damit begnügen darf, Tatsachen einfach hinzunehmen, Zustände einfach zu akzeptieren, die in einer Zeit europäischer Verbindung geschaffen worden sind, und die deshalb niemals die Grundlage europäischer Verständigung werden können. Weil wir von einem Journalisten, der die öffentliche Meinung seines Landes beeinflussen will und beeinflußt, annehmen müssen, daß er mehr ist als Referent, mehr ist als reiner Berichterstatter, deswegen sehen wir und sieht die deutsche, die österreichische und die französische Oeffentlichkeit in ihren Ausführungen über den Anschluß den Propagandisten, und weil dieser Propagandist allzusehr in gewissen französischen Anschauungen verstrickt ist und allzu wenig die tiefsten Wurzeln des europäischen Unfriedens zu erkennen scheint, oder, verzeihen Sie, vielleicht auch nur nicht den Mut hat, seine Erkenntnis der öffentlichen Meinung seines Landes mitzuteilen, deswegen richtet sich der Kampf nicht nur gegen die sachlichen Argumente, sondern auch gegen die Persönlichkeit dessen, der sie vorbringt.

Ich sagte vorhin, die außenpolitischen Tatsachen, die Sie und die „Kreuzzeitung" vorbringen, seien richtig. Es sind die Tatsachen, die sich aus dem „friedlosen Europa" ergeben, das nicht durch Deutschland und nicht durch Oesterreich in Versailles und in den andern Friedensverträgen geschaffen wurde. Wir kennen alle diese Tatsachen. Mit dem Europa, das dem Europäer vorschwebt, haben sie nichts gemein. Aber in Ihrem Artikel und in Ihrem Brief bringen Sie auch andere Tatsachen vor. In Ihrem Artikel stand ein Wort, das Sie in Ihrem Brief nicht wiederholen. Sie sprachen von der „Annexion" Oesterreichs durch Deutschland. Kein deutsches Wort. Vielleicht ein preußisches, ein französisches sicher. Suchen Sie es bei der „Kreuzzeitung", dort werden Sie es vielleicht finden. Dort spricht man von „Provinz". Bei Ihnen heißt es „Departement". Für das Elsaß, dessen Deutschstämmigkeit auch Sie nicht leugnen werden, ist das heute wiederum die politische Bezeichnung.

Was die in Deutschland und Oesterreich getrennten Deutschen verlangen, ist Zusammenschluß! Was in Oesterreich mehr als neunzig Prozent der Bevölkerung verlangt. Die Ausführungen der österreichischen Presse auf Ihren Brief hat Ihnen darauf die Antwort ja schon gegeben, wie Sie vor vierzehn Tagen